

München/Berlin, 24.10.2024

## Dr. Jonas Geissler, MdB Abgeordnetenbüro

Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: +49 30 227 746 20 jonas.geissler@bundestag.de

## Martin Mittag, MdL Abgeordnetenbüro

Luitpoldstraße 19 96145 Seßlach Telefon: +49 9569 1899878 kontakt-mittag@csu-mdl.de

## Stellungnahme zur Situation zum geplanten Ausbau der Bundesstraße 4 in Coburg/Weichengereuth

Der Ausbau der Bundesstraße 4 im Coburger Weichengereuth bleibt nach wie vor eines des wichtigsten Infrastrukturprojekte im Raum Coburg. Die IHK zu Coburg hat mit ihrer repräsentativen Umfrage die Grundlage dafür geschaffen, ein Meinungsbild der Bevölkerung einzuholen. Die Ergebnisse machen nochmals klar, dass der vor Jahren eingeschlagene Weg im Hinblick auf den Ausbau der richtige ist. Diesen gilt es gemeinsam weiter zu verfolgen. So ist die grundsätzliche Haltung des Freistaats Bayern, dass bei Verkehrsprojekten immer auch eine einvernehmliche Lösung mit den Kommunen vor Ort gefunden wird. Ohne einvernehmliche Lösung werden Projekte deutlich verzögert. Nach jahrzehntelangem Ringen war es 2016 möglich, die B4 in den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Dieser Erfolg war auch deshalb möglich, da sich die Stadt und der Landkreis Coburg, der Freistaat Bayern und die regionale Wirtschaft bis dahin immer einig waren. Die Verantwortlichen in der Stadt Coburg haben die B4 im Kommunalwahlkampf 2020 zum Politikum gemacht. Seit diesem Zeitpunkt stockt das Verkehrsprojekt. Nach wie vor stehen wir als Abgeordnete für unsere Region im Hinblick auf den Ausbau der B4 im engen Austausch mit dem Verkehrsministerium. Nachdem mit der repräsentativen Umfrage der IHK eindeutig nachgewiesen wurde, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor für den Ausbau der B4 ausspricht, liegt der Ball nun eigentlich bei den Verantwortlichen der Stadt Coburg. Eine direkte Einflussnahme über das Bayerische Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr erachten wir zum jetzigen Zeitpunkt als nicht zielführend. Viel mehr schlagen wir als direkt gewählte Coburger Abgeordnete ein Mediationsverfahren zwischen den betroffenen Kommunen, der Wirtschaft und der Politik vor.

Der Erfolg der Maßnahme muss von einem breiten Miteinander getragen werden, wie es einst bei der Aufnahme der Maßnahme in den Bundesverkehrswegeplan der Fall war.

Dass die aktuelle Situation im Weichengereuth nicht den Anforderungen an den Wirtschaftsstandort Coburg entspricht, ist für uns weiterhin unstrittig. Es besteht in jedem Fall Handlungsbedarf und für die Coburger Wirtschaft, wie auch für die Beschäftigten, wäre eine entsprechende Einigung ein immens wichtiges und zukunftsweisendes Signal.